

III/66  
Zuarbeit F 6  
Zuarbeit F 1

---

**Betreff:**       **Machbarkeitsstudie: Brennstoffzellenfahrzeuge im ÖPNV u. kommunalen Fuhrpark**

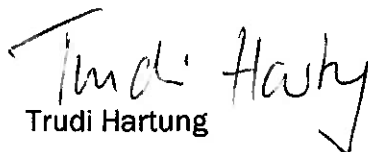
**Bezug:**       **Haushaltsantrag Nr. 34 der FDP Fraktion vom 26.11.2020**

Anliegend wird eine Kopie des obigen Antrags mit der Bitte um Bearbeitung überreicht. In Anlehnung an § 17 Nr. 7 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung werden zukünftig die beschlossenen Haushaltsanträge zum Haushalt 2021 mit der gleichen Bearbeitungsfrist von 3 Monaten ab der Verweisung durch die Stadtverordnetenversammlung geführt.

Aufgrund der anstehenden Kommunalwahl und der damit verbundenen Sitzungspause der Stadtverordnetenversammlung ist es vorgesehen, die Vorlagen zu den Haushaltsanträgen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der neuen Legislaturperiode frühestens am 20. Mai 2021 zu beraten. Deshalb ist es erforderlich, dass die entsprechenden Vorlagen

**spätestens am 20. April 2021**

dem Magistratsbüro vorliegen.

  
Trudi Hartung

Anlage: Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.12.2020



Rüsselsheim am Main, den 26.11.2020

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main  
Zentrale Dienste  
Büro Stadtverordnetenversammlung  
z. Hd. Frau Breunig  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim

34.

**Antrag der FDP-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2021 (DS 776/(16-21))**

**Machbarkeitsstudie Brennstoffzellenfahrzeuge im ÖPNV und kommunalen Fuhrpark**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für eine schrittweise Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Brennstoffzellenantriebe zu prüfen.

Neben den Kosten für die Anschaffung und den Betrieb soll auch eine gemeinsame Beschaffung (gegebenenfalls auch der Betrieb) sowie die Errichtung und Nutzung von Infrastruktureinrichtungen, insbesondere von Wasserstoff-Tankstellen, mit anderen Kommunen in der Studie untersucht werden.

**Begründung**

Eine wichtige Säule zur Umsetzung der Klimaziele ist die Nutzung von CO<sub>2</sub>-frei erzeugtem Wasserstoff. Wasserstoff ist ein universeller Energieträger, der insbesondere auch im Verkehrssektor zur Anwendung kommen soll. Die Bundesregierung wird in den nächsten Jahren insgesamt über 9 Milliarden Euro zur Förderung der Entwicklung und Nutzung von Wasserstoff bereitstellen. Auch die Europäische Union unterstützt im Rahmen des "Green Deals" die Wasserstoffnutzung mit erheblichen Mitteln.

Die Richtlinie 2019/1161 des EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 20. Juni 2019 bestimmt für alle öffentlichen Auftragsvergaben, dass ab 2. August 2021 mindestens 38,5 Prozent der leichten Nutzfahrzeuge, die die öffentliche Hand in Deutschland anschafft, über einen "sauberen" alternativen Antrieb verfügen.

Für LKW wird das Mindestziel auf 10 Prozent und ab 1. Januar 2026 auf 15 Prozent festgelegt. Noch brisanter ist die Quote für Busse. Die Richtlinie verlangt, dass ab 02. August 2021 45 Prozent aller Busse und ab 1. Januar 2026 65 Prozent aller Busse über einen alternativen Antrieb verfügen.

Der RMV sowie Städte wie Frankfurt setzen bei der Umsetzung der europäischen Vorgaben auch auf Wasserstoffbusse, weil sie gegenüber batteriebetriebenen Fahrzeugen deutlich größere Reichweiten besitzen, kürzer Tankzeiten aufweisen und auch in bergigen Gelände aufgrund des geringeren Gewichts gute Leistungen aufweisen. Dadurch ist ein (lokal) emissionsfreier ÖPNV wirtschaftlich möglich.

Wasserstoffladestationen können außerdem Ausgangspunkt für die Nutzung von Wasserstoff für Gebäudeenergie oder Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im industriellen Bereich sein, so dass die Umrüstung der öffentlichen Fahrzeugflotte zum Taktgeber und Innovationsmotor für den Einstieg in die Nutzung von Wasserstoff als universellen Energieträger wird.



Abdullah Sert  
Fraktionsvorsitzender

**Auszug aus der Niederschrift vom Haupt- und Finanzausschuss am 08.12.2020**

Antrag Nr. 34

Haushaltsbegleitantrag

Machbarkeitsstudie: Brennstoffzellenfahrzeuge im ÖPNV und kommunalen Fuhrpark

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für eine schrittweise Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Brennstoffzellenantrieb zu prüfen.

Der Stadtv. Karger schlägt vor, den Antrag technologieoffen umzuformulieren. Dieser Vorschlag wird durch den Stadtv. Sert aufgegriffen, so dass der geänderte Antrag wie folgt lautet:

Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für eine schrittweise Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Antriebe zu prüfen. Dabei soll das Ergebnis offen bleiben für weitere Technologien.

Beschluss: Bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.